

POSTEINGANG
06.3 Sitzungsdienst

Datum 18. Feb. 2026

lfd. Nr.: 0021AN126

weiter an: OB, Hayn, Pfeifer,
Drießen

Gemeinsamer Antrag

der Fraktionen CDU, SPD/ Bündnis Grüne, DIE LINKE, FDP

Betreff: Strategische Neubewertung der Flächenentwicklung Merseburg-Nord und Ruhendstellung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 70 „Sondergebiet Solarpark Merseburg Nord“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktionen CDU, SPD/ Bündnis Grüne, DIE LINKE und FDP

stellen folgenden Antrag, mit der Bitte, diesen im nächsten Hauptausschuss zur Abstimmung zu stellen und die ggf. nötige weitere Beratungsfolge abzustimmen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 70 „Sondergebiet Solarpark Merseburg Nord“ wird bis zur Klärung der nachfolgend benannten grundsätzlichen Planungsfragen ruhend gestellt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
 - a) eine alternative, gesamtstädtisch abgestimmte Entwicklungsperspektive für die Fläche des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 5.1 – 1. Teil „Gewerbegebiet Merseburg-Nord“ zu erarbeiten,
 - b) auf Grundlage dieser konzeptionellen Bewertung darzulegen, welche Anpassungen sich hieraus für
 - das Photovoltaik-Freiflächenkonzept (BS 239/28 SR/23) sowie
 - den Entwurf des Flächennutzungsplanes

ergeben und diese gegebenenfalls anzupassen.

Dabei sollen die bisherigen planungsrechtlichen Nutzungsperspektiven nicht fortgeschrieben, sondern im Rahmen der gesamtstädtischen Neubewertung grundsätzlich überprüft werden.

Begründung:

Die Fläche im Bereich Merseburg-Nord besitzt aufgrund ihrer Lage, Größe und planungsrechtlichen Vorgeschichte eine besondere stadtentwicklungspolitische Bedeutung. Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 5.1 weist sie als Gewerbegebiet

aus; gleichzeitig wurde mit dem Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 70 eine Teilfläche für die Entwicklung als Sondergebiet für Photovoltaik eingeleitet.

Mit dem beschlossenen Photovoltaik-Freiflächenkonzept sowie dem in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplan verfügt die Stadt über strategische Instrumente, die eine kohärente und vorausschauende Steuerung ermöglichen sollen.

Zugleich hat die öffentliche Diskussion gezeigt, dass im Stadtteil Freiimfelde ein hohes Interesse an der zukünftigen Entwicklung dieses Bereiches besteht. Eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik nimmt dieses Engagement ernst, ohne dabei kurzfristigen Einzelinteressen zu folgen. Ziel ist vielmehr eine ausgewogene Entscheidung, die Energiepolitik, wirtschaftliche Entwicklung, Freiraumschutz, Standortqualität und soziale Akzeptanz gleichermaßen berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, die Nutzung der Fläche nochmals im gesamtstädtischen Zusammenhang zu bewerten und konzeptionell einzuordnen. Die beantragte Ruhendstellung zielt nicht auf die Verhinderung von Entwicklung ab, sondern auf eine bewusste Neujustierung der städtebaulichen Zielsetzung für diesen Standort. Das Ziel besteht darin, die Fläche im gesamtstädtischen Zusammenhang neu zu bewerten und auf dieser Grundlage eine langfristig tragfähige, integrierte Entwicklungsperspektive zu erarbeiten, die den unterschiedlichen stadtentwicklungspolitischen Anforderungen gerecht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Kreisel (CDU)
Dr. Steffen Eichner (SPD/ Bündnis Grüne)
Michael Finger (Die Linke)
Dr. Lutz Kuhne (FDP)